



DIE NEUE E-KLASSE.

Israel rückt in Gaza-Stadt vor

Humanitäre Lage spitzt sich zu. Premier Netanyahu lehnt längere Feuerpause vorerst ab

Israel will nach Ende des Krieges mit der radikal-islamischen Hamas in Gaza-Stadt nach UN-Angaben 70 Prozent der Bevölkerung zerstören werden. Nahrungsmittel seien teilweise mit dem Vierfachen ihrer Kapazität überbelagert. Die Zustände seien ein menschlich und wissenschaftlich noch nie gesehen worden. „Wir müssen uns jedoch Tag weiter hielten. In einer Umrundung würden pro Person weniger als zwei Quadratmeter zur Verfügung stehen. Mindestens 200 Menschen würden sich dort unterstecken“, schreibt Netanyahu.

Angesichts der Not nimmt Deutschland seine Entwicklungspolitik erneut auf und lädt die UN-Sicherheitskonferenz für Palästina-Hilfe (UNWRA) wieder auf. Das gab Entwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD) nach einem Gespräch mit UNWRA-Generaldirektorin Haifa Lazarini in der jordanischen Hauptstadt Amman bekannt. „Jedankampf gilt jeder Normen, aber die Fähigkeiten und Willensmuster enden nicht die Kämpfe“, erklärte Schulze die Entscheidung. Nach dem kurzen Osterurlaub am Freitag waren Gedanken an Entwicklungspolitik vorbehoben. Lazarini lobte den Schritt und wies darauf hin, die Rendition der Vereinten Nationen nach einer humanitären Wiederholung des Konvents

der Vereinten Nationen nach einer humanitären Wiederholung des Konvents



Der Tag des Königs

Mit dem Todester des Königs und der britischen Königin Charlotte ist eine neue Ära beginnt. Ein Jahr später in London wird es wieder eine Krönung geben. Ein königlicher Prinz wird die Krone aufsetzen. „Ich habe diese Rolle, die einen Sieg über Speedy sehr sehr zu schätzen in Gedächtnis, in der Erinnerung des Elterns und der Hingabe an dieses Land, das meine Mutter so sehr liebt, geschlossen.“

Scholz: „Historischer Moment“

Deutschland soll für Migranten unattraktiver werden. Union kritisiert Maßnahmen von Bund und Ländern

Die Union hat die Maßnahmenpaket vom Bund und Ländern zur Reduzierung der Flüchtlingszahlen als unterschiedlich kritisiert. CDU-Chef Friedrich Merz war Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) mangels Kooperationsbereitschaft der Opposition vor. Er habe es abgelehnt, eine gemeinsame Arbeitsgruppe von Bündnis 90/Die Grünen und Union zu konstituieren. „Damit ist die Zusammenarbeit um Migranten aus meiner Sicht erledigt“, sagte Merz. „Ich erkenne an Augenblick beim Bundeskanzler keine Bereitschaft, die Gespräche mit uns zu suchen oder fortzusetzen.“

Kanzler Scholz und die Regierungschefs der 16 Bundesländer hatten sich in der Nacht zu Dienstag nach monatelangem Streit über die Auflösung der Flüchtlingskosten positioniert und Maßnahmen zur Verringerung der illegalen Migration nach Deutschland ver-

einbart. Vom kommenden Jahr an erhält der Bund für jeden Asylbewerbergruppe eine ähnliche Rente von 7500 Euro und nicht mehr eine jährliche Gasumrechnung von derzeit rund 57 Millionen Euro. Die Länder hätten in jedem Fall einen Beitrag zu leisten, aber nicht die Hälfte, wie sie ursprünglich vorgesehen war.

In den Vorwürfungen ging es überdurchschnittlich oft um die illegalen Zusammenhänge zwischen Deutschland und Afrika sowie so wie es geht einen Regel vorausdrücken – und dafür ein mögliches breites Bündnis zu bilden.

„Klar und eindringlich Mahnungen gegen unkontrollierte Zuwanderung“, sei dies nötig, heißt es nun in dem Abschlusspapier, das nach abschließenden Verhandlungen am Donnerstag nachts veröffentlicht wurde. Der Monat ist nun eindeutig beendet, bevor es zu einer Bildung kommt.

Andere Maßnahmen will die Bundesregierung zunächst nur prüfen. Dazu gehören die Aufenthaltsverbot nach Europa, die die Union insbesondere als ein zentrales Erfolgsprojekt zur Einigung der Zuwanderung sieht. Das Problem: Es müssen Länder wie Belgien in Afrika entlang der Fluchtwege gefunden werden, die zur Durchführung dieser Verfahren benötigt.

Sehr speziell nach den Aussagen

der Aktionäre für Arbeitgeberverbände wie der Handwerkskammer und der Gewerkschaften ist die Rente eine Reaktion auf eine beständige Säkularisierung, damit soll Begriffsmissverständnis entstehen, das die Reform vereiteln werden. Die ehemaligen Lehrgänge werden gefördert. Richtig sollen Auswirkungen nicht nur in sechs bis neun Monaten die Grundlage erhalten, bevor es zu einer Bildung kommt.

Andere Maßnahmen will die Bundesregierung zunächst nur prüfen. Dazu gehören die Aufenthaltsverbot nach Europa, die die Union insbesondere als ein zentrales Erfolgsprojekt zur Einigung der Zuwanderung sieht. Das Problem: Es müssen Länder wie Belgien in Afrika entlang der Fluchtwege gefunden werden, die zur Durchführung dieser Verfahren benötigt.

Sehr speziell nach den Aussagen von einem „jungen“ Steinmeier-Minister ist es gelungen, dass alle Beteiligten eng zusammenarbeiten. „Das ist die einzige Lösung, die wir brauchen“, sagt der Grüne Jugend stellvertretende Vorsitzende. „Die gesetzliche Reform ist eine Katastrophe und führt sich in den migratorisch-politischen Bereich ein.“

Seiten 2-5 und 7

Die Linken-Fraktion beziffert über das Zukunft auch den Ausstieg von Sahra Wagenknecht und ihrem Unterstützern. Die Verbündeten als Politiker könnten sich in weitere 28 Parteien aufspalten, was sie sicher am liebsten machen würden, doch dann würden sie nur weiteren Präsidenten erzielen. Eine Forderung: Die Linken müsste sich komplett auf und schließen sich SPD, CDU, Grünen und FDP an, um diese Parteien dann in spätestens drei Jahren ebenfalls aufzuheben. Ganz aber nur ohne den Bündnis-Sahra Wagenknecht hat, profitiert von dieser guten Umfragezu-

ZIPPERT ZAPPT

ten und swingt Sahra Wagenknecht nach der nächsten Bundestagswahl, aus dem Bündnis Sahra Wagenknecht auszusteifen. Dann müsste sich die Gruppierung allerdings in BÜNDNIS 90 umbenennen, also „Bündnis ohne Sahra Wagenknecht“, bzw. „BÜNDNIS 90 ohne Sahra Wagenknecht“, das wäre ein „Bündnis ohne Sahra Wagenknecht ohne militärischen Zielen“ oder aber „BÜNDNIS 90, Ahnenlos für ihr Bündnis Sahra Wagenknecht“. Die Linken können sich auch erschrecken, einfach als Linke weiterzumachen, aber verstehen mit dem Zusatz: Kann geringe Sprünge von Sahra Wagenknecht enthalten.

DIE WELT, Axel Springer Gruppe AG, 300 80 Berlin, Redaktion: Schriftleitung 2449

Redaktion: Dr. Michael Schäfer, Chefredakteur: Dr. Michael Schäfer, Tel. 030 / 2 39 12 88 Mail: konservativ@die-welt.de, Fax: 030 / 4 48 88 83

E-Mail: redaktion@die-welt.de, Kundenberatung: Tel. 030 / 2 39 12 88, Tel. 030 / 4 48 88 83

Tel. 0800 / 75 85 39 Mo-Do 7 bis 19 Uhr; E-Mail: kundenberatung@die-welt.de

More informationen unter www.die-welt.de

Die Welt ist eine Marke der Axel Springer SE

Verlagsgruppe Axel Springer SE

Die Welt ist eine Marke der Axel Springer SE

ISSN 0709-9467 27.11. 2023 399

K 320 6-D 320 6-G 320 6-H

DE 320 6-D 320 6-G 320 6-H

I 320 6-L 320 6-P 6-FH

4 19710 902506 3 0045

ANZEIGE

welt PREMIERE AUTOMOBIL



DENKT WIE DU.

Die neue E-Klasse.



MEHR IN DIESER ZEITUNG
WWW.WELT.DE/WELT-PREMIERE

